R 4 Rechenschaftsbericht MdEP

Antragsteller*in:	Rasmus Andresen, MdEP (Bündnis 90/Die Grünen SH)
Tagesordnungspunkt:	2. Rechenschaftsberichte

Selbstvorstellung

siehe pdf

RASMUS ANDRESEN

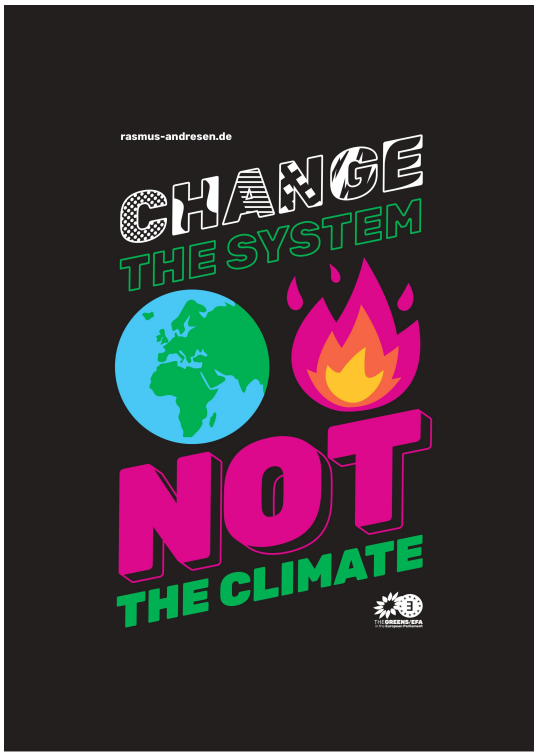
BERICHT AUS DEM EP

Liebe Freundinnen und Freunde,

die vergangenen Monate sind für uns alle anders verlaufen als geplant. Durch die COVID-19-Pandemie mit all ihren Einschränkungen befinden wir uns in herausfordernden Zeiten und gerade der November wird uns allen noch einmal viel abverlangen. Ich bin mir sicher: mit Solidarität und Abstand werden wir aber auch das schaffen!
Wie bereits im März wird auch nun wieder die Arbeit im Europaparlament heruntergefahren und nur die wichtigsten Termine finden noch vor Ort in Brüssel statt. Dazu gehören die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU.
Als haushaltspolitischer Sprecher der Greens/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und einziger deutscher Europaabgeordneter im Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments für den **mehrjährigen Finanzrahmen** machen die Verhandlungen seit vielen Wochen einen Großteil meiner Arbeit aus. Leider gibt es weiterhin keine Einigung und die deutsche Ratspräsidentschaft blockiert wichtige Erhöhungen für Gesundheit, Digitalisierung, Forschung und Jugend.
Kritische Themen sind neben der Aufstockung der Programme weiterhin die Fragen nach der Mitbestimmung des Parlaments beim Wiederaufbaupaket, die Eigenmittel sowie die Querschnittsthemen Klimafinanzierung,

Biodiversität und Gender Mainstreaming. Klar ist: wir Grüne können dem EU-Budget nur zustimmen, wenn wir deutlich mehr Mittel für Biodiversität und Klimaschutz vereinbaren.

Vor einigen Tagen hat die EU-Umweltagentur sehr deutlich gemacht, wie besorgniserregend der Zustand unserer Natur ist. 80% der Ökosysteme sind nicht mehr intakt. Die logische Schlussfolgerung müsste doch sein, deutlich mehr zu tun, um unsere Natur zu schützen. Allerdings hat eine Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokrat*innen und Liberalen eine **klimagerechte Agrarreform** im Europäischen Parlament verhindert. Die meisten Agrarmittel werden weiterhin nach größe des Betriebes ausgezahlt und Klimaziele, artgerechte Tierhaltung oder Umweltmaßnahmen spielen keine große Rolle.



Es ist frustrierend, dass hier eine große Chance für mehr Klimaschutz und Artenvielfalt nicht genutzt wurde. Wir befinden uns in der entscheidenden Phase, in der wir mit einer echten Agrarwende und Fördermitteln für Landwirt*innen nur anhand ökologischer Kriterien einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise und gegen das Artensterben hätten leisten können. Gerade in Schleswig-Holstein wollen sich viele Landwirt*innen für Artenvielfalt und nachhaltige Landwirtschaft engagieren. Wir Grüne haben dieses klimaschädliche Agrarmandat abgelehnt und fordern nun die EU Kommission auf, eine Agrarreform vorzulegen, die mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel ist.

Deutlich positiver ist hingegen die Stimmung im Bereich der Minderheitenpolitik. Vor zwei Wochen hat nach einiger Verzögerung nun endlich die Anhörung der **Minority Safepack Initiative** im Europäischen Parlament stattgefunden und fraktionsübergreifend Unterstützung gefunden. Vor dem Hintergrund, dass die EU bisher nur sehr wenig getan hat, um Minderheitenrechte zu schützen, wird es dringend Zeit, dies zu ändern. Die EU-Kommission ist nun aufgefordert, die Initiative zu einem Gesetz zu machen und weitere Maßnahmen vorzubereiten.
Wir müssen die Rechte von Minderheiten stärker schützen, vor allem die Rechte von mehreren 100.000 Staatenlosen werden mit den Füßen getreten. Sie haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung oder politischer Teilhabe. Wir müssen konkrete Projekte für Sprachenvielfalt und Minderheiten durch den EU Haushalt fördern. Nur so können wir die Rechte von über 50 Millionen Menschen in der EU stärken.
Als Mitglied der Minority Intergroup, einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe von Europaabgeordneten, habe ich die Initiative mit vielen Gesprächen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen begleitet. Zudem werden wir Ende November auf Initiative der Intergroup eine Resolution im Parlament diskutieren und verabschieden.

Mit den steigenden Corona-Infektionen wird uns in der nächsten Zeit auch wieder das Thema der **Grenzschließungen**, in ganz Europa, aber auch bei uns im deutsch-dänischen Grenzland, beschäftigen. Bereits im Frühjahr habe ich die Schließungen und vor allem den dänischen Sonderweg scharf kritisiert. Vor allem muss gewährleistet sein, dass Grenzpendler*innen auch in den nächsten Wochen problemlos im Grenzland pendeln können und nicht durch unnötige neue Regelungen Probleme bekommen.
Die dänische Regierung setzt sich mit den andauernden Grenzkontrollen ohnehin seit Jahren über geltendes europäisches Recht hinweg und es wäre die Aufgabe der EU-Kommission, diesem Vorgehen kritisch zu begegnen und dafür zu sorgen, dass das Schengen-Abkommen an unseren Binnengrenzen gilt.

Auf meine Anfrage zur Rechtmäßigkeit der dänischen Grenzkontrollen hat die EU-Kommission eher ausweichend geantwortet und in ihrer Antwort angegeben, die Lage zu überwachen und Gespräche zu führen. Wir werden die Situation weiterhin genau beobachten.

Wenn ihr Fragen zu meinem Bericht habt, an detaillierteren Informationen interessiert seid oder Anregungen habt, freue mich mich immer über eure Rückmeldungen.

Sehr gern dürft ihr euch auch in meinen Newsletter eintragen.

Mir ist sehr bewusst, dass der Austausch mit euch zu politischen Themen in Corona-Zeiten oft zu kurz kommt und ich bedaure das sehr. Auch mir fehlen der persönliche Kontakt und die Gespräche am Rande von Veranstaltungen.
Online-Veranstaltungen sind zwar kein Ersatz für physische Treffen, trotzdem ermöglichen sie aber den inhaltlichen Austausch und Diskussionen. Ich freue mich daher sehr über eure Anfragen und diskutiere gern online! Also meldet euch!

Bleibt gesund!

Euer Rasmus